

Jens Lange

## **Partizipation: Überlegungen zum Verhältnis der politischen und der (sozial)pädagogischen Dimension eines Begriffs in einer (rhetorisch) modernisierten Sozialen Arbeit**

### **Einleitung: Partizipation als Beitrag zur rhetorischen Modernisierung Sozialer Arbeit?**

Die Diskussion um ‚Partizipation‘ in der Sozialen Arbeit hat eine lange Tradition. Sie hat unterschiedlichste Wurzeln aber auch unterschiedlichste inhaltliche Bestimmungen und theoretische Begründungen. So erscheint es eher absurd, Partizipation als einen Begriff zu behandeln, der für eine rhetorische Modernisierung Sozialer Arbeit steht. Dies würde nur dann Sinn machen, wenn eine Neubestimmung des Begriffs im Sinne einer Fremdbestimmung vorliegen würde, wenn wir es also mit einer wesentlichen Änderung des Bedeutungsgehaltes zu tun hätten. Genau dies ist Ausgangspunkt meiner Überlegung: Gibt es eine inhaltliche Neubesetzung des Begriffs Partizipation in der Sozialen Arbeit? Liegt also eine rhetorische Modernisierung Sozialer Arbeit vor, weil ‚Partizipation‘ Bestandteil einer Semantik ist, die das Feld neu konstituiert, die Begriffsinhalte also zunehmend fremd bestimmt werden?

Handlungsleitend ist für mich die Ahnung, die ich noch nicht endgültig zu einer These verdichten konnte, dass Partizipation hervorragend in die neue Semantik eines aktivierenden oder neoliberalen Staates passt und zugleich auch zwingende Voraussetzung eines solchen Staatsmodells ist. In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass dieser Begriff ein hervorstechendes Beispiel einer rhetorischen Modernisierung Sozialer Arbeit ist und dadurch Politik und Ökonomie die Chance bekommt, Partizipation in sozialpädagogischen Kontexten fremd zu bestimmen.

Hier liegt aber auch eine Crux in der Begrifflichkeit selbst: Partizipation ist eigentlich ein politikwissenschaftlicher Begriff mit einer dort verwurzelten Jahrhunderte alten Diskussion. Partizipation ist aber auch ein pädagogischer und sozialpädagogischer Begriff; und wenn er selbst nicht als Begriff verwendet wurde ist es ein altes Prinzip, man denke beispielsweise an Korczaks Warschauer Waisenheim, A.S. Neills Summerhill, Bernfelds Kinderheim Baumgarten und nicht zuletzt Makarenkos Kolonien. Eine andere Stellung nimmt dabei das theoretische Konzept dienstleistungsorientierter Sozialer Arbeit ein, denn dieses knüpft nicht primär an pädagogische Traditionen an sondern fundiert sich in sozialwissenschaftlichen und damit auch politikwissenschaftlichen Diskussionen, ganz ähnlich wenn auch noch in einer eher pädagogischen Tradition ist dies bei der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit der Fall. Damit man also von einer rhetorischen Modernisierung Sozialer Arbeit durch den Begriff Partizipation sprechen kann, muss dieser sich erst einmal als ein eigenständig sozialpädagogischer ausgewiesen haben, denn er ist ja kein neuer Begriff, der allein durch seine Existenz schon als Beispiel einer rhetorischen Modernisierung stehen könnte.

Ein weiteres kommt hinzu: Partizipation wird gerade nicht mehr diskutiert. Es scheint als habe Partizipation sich arbeitsfeldübergreifend und quer durch unterschiedliche theoretische Ansätze etabliert. Er scheint sozialpolitisch ebenso anerkannt. Letztendlich hat er sich sogar in unterschiedlichsten Managementkonzepten durchgesetzt und ist integraler Bestandteil manch eines als fortschrittlich deklarierten Führungsstils. Nicht zuletzt hier wird es meines Erachtens notwendig, den Begriff zu untersuchen.

Methodisch kann eine solche Begriffsbestimmung weniger über die Reflexion von Praxismodellen von Partizipation laufen, sondern muss zwangsläufig viel mehr über eine Reflexion der wissenschaftlichen Diskussion laufen, um nicht in die Fallstricke der unterschiedlichst funktionalisierten Durchführung von Partizipation zu geraten. Nur so wird es wohl möglich, soziale Modernisierungsprozesse und daran anschließend eventuelle rhetorische Modernisierungen durch Begrifflichkeiten zu bestimmen und eventuell die Chance zu bekommen den Begriff ‚Partizipation‘ unter den gegebenen Bedingungen angemessen zu bestimmen.

Deshalb werde ich im Folgenden im Wesentlichen in zwei Schritten vorgehen:

1. Zuerst ein Blick darauf, wie zum einen in den 1980ern der Begriff Partizipation diskutiert wurde und wie dies aktuell der Fall ist. Die 1980er Jahre wurden gewählt, weil hier zum einen die Diskussion um die Ausgestaltung eines neuen KJHG geführt wurde, in welchem Partizipation als Prinzip tief verankert ist und weil hier im Bereich der Jugendhilfe die theoretischen Konzepte der Lebensweltorientierung und die Dienstleistungstheorie wesentlich am Entstehen waren und dies vor dem Hintergrund bestimmbarer Praxis geschehen ist.
2. Im zweiten Teil geht es sodann darum, ob es heute wesentliche Neubestimmungen gibt, die für eine rhetorische Modernisierung Sozialer Arbeit über den Begriff der Partizipation sprechen würden, dies werden allerdings nur thesehafte Anmerkungen sein. Dies gilt es dann abzugleichen mit der Praxis Sozialer Arbeit, wo Partizipation vielfach angewendet aber kaum noch in theoretischer Hinsicht diskutiert wird, wo also ein Handlungspragmatismus vorzufinden ist. Um sich abschließend der Frage zu nähern, warum Partizipation eigentlich kein Thema mehr ist, also vielfach praktiziert aber konzeptionell kaum noch diskutiert wird und gerade deshalb für eine rhetorische Modernisierung Sozialer Arbeit genutzt werden könnte.

## **1. Partizipation in der disziplinären Diskussion**

In den jetzt folgenden Ausführungen verwischen – aber dies ist gewollt – etwas die Zugangsweisen. Zum einen werde ich schlaglichtartig – also keinesfalls umfassend – versuchen Zusammenfassungen zu liefern, in welcher Gestalt sich vor ca. 20 Jahren der wissenschaftlichen Diskussion um Partizipation aus einer bestimmten Perspektive genährt wurde und wie dies heute der Fall ist. Zum anderen werde ich aber auch Theorieinhalte herausgreifen. Ich habe dies so gemacht, um mir selbst drei Fragen zumindest zu stellen: Erstens, ist die Diskussion im Sinne eines wissenschaftlichen Fortschrittes zu verstehen, also so, dass sich eine Debatte klärt und aus ihr heraus der Gegenstand – nämlich Partizipation – immer deutlicher wird. Oder aber zweitens, haben wir es auch hier mit einem Gegenstand zu tun, der, wie so häufig in Sozialwissenschaften, selbst seine Gestalt geändert hat und wie umfassend solche Änderungen sind. Dahinter steckt dann drittens auch die Frage, wie im wissenschaftlichen Diskurs mit einem solchen Wandel umgegangen wird.

Der Einfachheit halber und da es in gewissem Maße auch so etwas wie den Stand der Dinge zu seiner Zeit repräsentiert, habe ich in einem ersten Zugang die Artikel zum Begriff ‚Partizipation‘ aus dem Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik von 1987 und 2001 als Zugangsweg zur Diskussion gewählt.

### **1.1 Partizipation in der sozialpädagogischen Diskussion der 1980er Jahre: Professionelle Konzepte aus politischer Praxis**

1987 beginnt Marzahn seine Begriffsbestimmung von Partizipation mit der Interpretation empirischer Daten zum schwindenden Vertrauen von Bürgern in Institutionen. Er sieht vor diesem Hintergrund ein vermehrtes Auftreten von Forderungen nach stärkeren und direkteren Formen einer Partizipation. Mindestens solle eine solche Partizipation bei Planungen und Entscheidungen, die die Lebensbedingungen der Bürger direkt beeinflussen, stattfinden. Seine Beschreibungen der Folgen solcher Forderungen für die Soziale Arbeit überraschen im Kontext der ausgehenden 1980er Jahre nicht: Es entwickle sich eine Art ‚Gegenbewegung‘ gegen die etablierten Strukturen und Funktionen der Sozialen Arbeit. Gebündelt würde dies zumeist unter dem Schlagwort ‚Selbsthilfe‘, institutionalisiert vorzufinden in Bürgerinitiativen. Hier ist wohl ein typisches Element einer Diskussion von Partizipation in den 1980ern zu sehen: Partizipation ist ein aus der Lebenswelt der Adressaten gewonnenes, zumeist normativ besetztes Element. Die Erscheinungsform ist zumeist eine Gegenbewegung zu starren Institutionen. In diesem Sinne war Partizipation nicht zu verstehen als Element der damals diskutierten Neuorganisation sozialer Dienste sondern als Element einer lebensweltlichen Praxis. So überrascht auch nicht, dass der Artikel mit ‚Partizipation und Selbsthilfe‘ überschrieben ist, eine Überschrift die heute in dieser Zusammenstellung fremd wirkt. Aus dieser Praxis – so Marzahn weiter – entspanne sich aber durchaus auch eine breite Fachdebatte um ein professionelles Selbstverständnis Sozialer Arbeit.

Bei dieser Debatte stehe am Ausgangspunkt wiederum die Forderung nach mehr Partizipation, die wohl auf eine Art Mentalitätsänderung der Bürger verweise. Diese Änderung manifestiere sich in einem neuen Anspruch nach mehr Teilhabe an gesellschaftlicher Willensbildung.

Die Beschreibung Marzahns der professionellen Debatte um Partizipation liest sich weitgehend wie eine Zusammenfassung der von Müller und Otto bereits 1980 beschriebenen gesellschaftlichen Be-

dingungen und Funktionsprobleme der Organisation Sozialer Arbeit. Wobei allerdings nicht unerhebliche Teile insbesondere der staatstheoretischen Überlegungen dieser Autoren ausgeblendet werden, ich komme später darauf zurück.

Müller und Otto haben die Diskussion rekonstruiert, die sich mit Veränderungen von Organisationsstrukturen sozialer Dienste beschäftigt. Interessant in meinem Kontext sind die bei dieser Rekonstruktion vorgefundenen normativen Positionierungen der Diskussion. Sie werden verdichtete zu drei Argumentationsfiguren:

- einer ersten, die ihre Betonung auf die Optimierung staatlichen Handelns legt, wodurch Effizienzsteigerung und Rationalisierung zu obersten Kriterien werden;
- eine zweite Argumentationsfigur ist „gekennzeichnet durch ihre Orientierung an gesellschaftstheoretisch reflektierten und sozialwissenschaftlich begründeten sozialpädagogischen Handeln.“ (S. 6) – man erkennt die Argumentationsfigur der ‚neuen Fachlichkeit‘ wieder, die aus ihrem Professionalisierungskriterium ein reflektiertes Handeln in und mit den Strukturen fordert;
- und die dritte Argumentationsfigur hat letztlich ihre Grundlage in einer unmittelbaren und praktischen Solidarität mit den Adressaten, der Staat wird in dieser Argumentation eher als Unterdrückungsstaat erlebt, woraus sich auch die bekannten Praxisformen ergeben. Hier liegt, wenn man Marzahn folgt, der Ursprung der Debatte um Partizipation.

Hingegen werden aber die beiden ersten Positionierungen bei der Diskussion um, aber auch in der Praxis von Partizipation in der Sozialen Arbeit so etwas wie ein konstitutives, wahrscheinlich sogar normatives Merkmal jedweder Überlegung, die aber wegen ihrer Widersprüchlichkeit eine Ambivalenz hinterlässt. Im Fortgang ihrer Rekonstruktion läuft immer auch, wenn auch selten expliziert, die zumindest Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation mit. Diese Bedingungen der Möglichkeit von Partizipation rekonstruieren Müller und Otto aus einer Analyse des Zusammenspiels von Staat und Gesellschaft, dem soll hier kurz nachgegangen werden.

Zunächst setzen sie Soziale Arbeit als Bestandteil staatlichen Handelns. Soziale Arbeit ist also zwangsläufig an eine gegebene bürgerliche Staatlichkeit gebunden. Als zweites wird dann, quasi eine Ebene höher, der Zusammenhang von eben dieser spezifischen Staatlichkeit und der Gesellschaft beschrieben und zwar als zweifach vermittelt:

- zum einen bestimmt durch abstraktes Recht, sprich die Gesetzlichkeit des Staates, die ja auch so etwas wie verschriftlichte Handlungsanweisungen sind; und zum anderen
- durch konkrete, zweckbestimmte Handlungen von beispielsweise Sozialer Arbeit, also so etwas wie die spezifische Form der Umsetzung der Handlungsanweisungen.

Diese beiden Formen des Zusammenhanges von Staat und Gesellschaft werden als Programme mit unterschiedlichem Charakter beschrieben. Diese Programme sind zum einen Konditionalprogramme und zum anderen Zweckprogramme. Staatliches Handeln wird beschrieben als die Anwendung abstrakt-genereller Gesetze über Konditionalprogramme und zum anderen die Anwendung konkret-situativer Maßnahmen über sogenannte Zweckprogramme.

Konditionalprogramme sind inputorientierte Entscheidungsprogramme bei denen das Spezifische des Adressaten sekundär ist. Es handelt sich also um ‚Wenn-dann-Programmierungen‘, die als Auslöser für Handlungen dienen. Dieses Handeln ist somit – und hier wird es für den Kontext von Partizipation interessant – umweltunabhängig. Die Autoren verweisen darauf, dass diese Form klassisch eingriffsorientierter Verwaltung im schwinden begriffen ist. Was auch bedeutet, dass diese Form des Handelns eine schwindende Legitimationsbasis hat.

Das Gegenteil ist bei Zweckprogrammen der Fall, die in den 1980er Jahren einen Bedeutungszuwachs erfahren haben. Inhaltlich zeichnen sich Zweckprogramme durch ihre Ziel-Mittel-Orientierung aus. Das heißt sie sind outputgesteuert und umweltbezogen. Die Administration bekommt ihre Handlungsinformationen also nicht durch die Anwendung genereller Gesetze sondern muss Handlungsinformationen aus der Umwelt beziehen, womit hier die theoretische Begründung für die Notwendigkeit von Partizipation zu sehen ist. Eine solche Form der Programmierung sei vermehrt zu beobachten.

Dieser Wandel kann man vor einer modernisierungstheoretischen Hintergrund wohl so verstehen, dass durch die erwähnte Schwerpunktverlagerung der Programmstruktur von Administrationen versucht werden soll, den Notwendigkeiten einer komplexer werden Umwelt gerecht zu werden, also so etwas wie Reaktionen auf Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse.

Dies ist, um es noch etwas komplexer zu gestalten, lediglich die Programmstruktur von Administrationen und deshalb noch nicht das spezifische Handlungs- bzw. Problemverarbeitungsmuster. Hier beobachten Müller und Otto eine Zunahme maßnahmeförmiger Handlungsmuster. Dies kann man parallel zu den beiden Programmstrukturen lesen:

- Konditionalprogramme werden umgesetzt durch eine situative Anwendung abstrakter und genereller Normen, eine Situation wird gedeutet und einer bestimmten Norm zugeordnet, als für die Jugendhilfe typisch mag hier wohl das Phänomen der Versäulung der Hilfen zur Erziehung sein;

- Zweckprogramme hingegen setzen sich vermehrt um in zweckbezogenen Maßnahmen, die aber zugleich, hier wird es wieder interessant für Partizipation, teilweise entlastet sind von normativen Prinzipien rechtsstaatlichen Handlungen. Handlungsanweisungen können also nicht mehr direkt aus Gesetzen abgelesen werden.

Zusammenfassend beziehen sich Programmstruktur also auf die administrativen Bedingungen der Problemselektion und den darauf folgenden Entscheidungsprozess. Die Strukturtypen von Administration hingegen auf die spezifischen Problemverarbeitungsmuster, also ob eine Administration anlass-, ergebnis- oder ressourcenorientiert arbeitet.

Offensichtlich ist, dass administratives Handeln sich durch diese widersprüchlichen Programmstrukturen in einem Legitimationsproblem befindet: Gewinnt man seine Legitimation dadurch, dass man die Regeln richtig anwendet oder dadurch dass sie extern als funktional wirksam und politisch anerkannt angesehen werden? In ihrer Analyse kommen die Autoren zu dem heute wohl konsensuellen Schluss, dass Legitimation sich durch das angewendete Verfahren herstellt. Peter Marquard hat dies im Anschluss an Müller und Otto das Strukturprinzip Demokratie genannt.

Bezieht man dies auf eine theoretische Fundierung von Partizipation, so lässt sich mit Müller und Otto Partizipation wohl verstehen als eine solche Legitimationsquelle, Partizipation bekommt also eine mindestens zweifache Bedeutung:

- Zum einen dient sie als ‚Methode‘ um eine Zweckprogrammierung vornehmen zu können, indem sie gerade als Instrumentarium zur Problemselektion dient.
- Die zweite Bedeutung liegt nun gerade aus der durch ihre formale Struktur gegebenen Möglichkeit als Legitimationsquelle. Man kann Partizipation – ohne diesen Begriff jetzt irgendwie inhaltlich füllen zu wollen – als eine geeignete Legitimationsquelle zweckprogrammierten staatlichen Handelns verstehen. Partizipation kann als Verfahrensform das Dilemma von Zweckprogrammen überwinden, welches durch ihre Zielorientierung eine geringere Legalität besitzt als reine Konditionalprogramme.

Bei den Autoren werden die Konsequenzen für das Handeln der Sozialen Arbeit wie folgt beschrieben: „Insbesondere die Sozialadministration ist heute mehr denn je darauf angewiesen, zur Erfüllung ihrer Aufgaben einzelne Bürger in die exekutive Funktion zu transformieren und gesellschaftliche Gruppen zu inkorporieren“ (S. 20). Die Begründungslinie ist deutlich: Partizipation ist primär demokratietheoretisch begründete Notwendigkeit staatlichen Handelns, ist also politischer Natur, aber auch deutlich ist, dass das theoretische Konzept Sozialer Arbeit als Dienstleistung hier Fundierungen erfährt.

Zusammenfassend kann man den hier referierten Diskussionstand in den 1980er Jahren zur Notwendigkeit von Partizipation in der Sozialen Arbeit – nun wieder mit Marzahn – zumindest von zwei Seiten begründen.

Zum einen durch den schon erwähnte Anspruch nach mehr Demokratie der Bürger, zum anderen aber auch von Seiten der Organisation, die durch Partizipation ein mehr an Effizienz und Funktionalität ihrer Aufbau- und Ablaufstrukturen erreichen möchte und dahinter steht auch immer die Notwendigkeit neuer Legitimationen staatlichen Handelns, woraus sich dann eine spezifische Form sozialpädagogischen Handelns ergibt. Diese zweifache Funktionsbestimmung ist wohl eines der zentralen Bestimmungsmerkmale von Partizipation. Sie drückt zugleich auch eine grundlegende Ambivalenz aus. Unbestritten ist wohl das einem demokratischen Anspruch nach mehr Partizipation von Seiten der Bürger eine andere Rationalität zu Grunde liegt als die an eigenen Zwecken ausgerichtete Rationalität einer Organisation. Diese zweite Rationalität ist bei Marzahn noch gekoppelt an einen Steuerungsoptimismus. Dieser geht davon aus, dass durch planungsrelevante Datenerhebung beim Bürger auch eine Steuerungswirkung der sozialen Dienste erzielt werden könnte, welche eine bessere Bedarfsdeckung ermögliche. Ein Argument, was im Laufe der Jahre, zumindest bei der Organisation und Planung gesamter Dienste, immer weiter an Erklärungskraft verliert. So das auf Seiten der organisationalen Begründung von Partizipation immer mehr der legitimatorische Effekt von Partizipation in den Vordergrund tritt.

## **1.2 Partizipation in der sozialpädagogischen Diskussion in den 2000er Jahren: Ausdifferenzierte Diskussionslinien unter neuen Paradigmen?**

Es verwundert wenig, dass Stefan Schnurr in seinem Handbucheintrag von 2001 den Anfangspunkt der Diskussion um Partizipation genau bei den nun in den Hintergrund tretenden Fragen der Sozialplanung ausmacht. Sein Fokus ist aber weniger der legitimierende Anteil von Partizipation. Sein primärer Diskussionszugang ist das Konstatieren des Phänomens einer Fokusverschiebung der momentanen Diskussion hin zum Thema Klienten- bzw. Nutzerbeteiligung. Dies ist das Moment, was Müller und Otto noch den Einbezug einzelner Bürger in die exekutive Funktion der Sozialadministration nannten. Deutlich ist somit eine Verschiebung des Gegenstandes, hinzu treten aber auch eine Ver-

schiebung der inhaltlichen Diskussion und eine Verschiebung der dabei herangezogenen theoretischen Begründungslinien. Zwar benennt auch Schnurr, ähnlich wie Marzahn, den Ursprung von Partizipation in demokratiethoretischen Überlegungen. Anders als Marzahn aber analysiert er die theoretischen Begründungen auf parallelen, gegenseitig kaum noch anschlussfähigen, Argumentationslinien. Neben der demokratiethoretischen Begründung macht er eine eigenständige dienstleistungstheoretische und somit primär fachliche Begründung von Partizipation aus, die eine theoretische Weiterentwicklung nicht zuletzt der referierten Argumentationen aus den 1980er Jahren darstellt. Ohne hier näher auf die inhaltlichen Bestimmungen eingehen zu wollen, wird Partizipation bezogen auf die Soziale Arbeit hier als eine arbeitsfeldübergreifende Querschnittsaufgabe angegangen. Auch wird auf eine eigenständige, sich von der demokratiethoretischen Diskussion abkoppelnde, sozialwissenschaftliche Theorietradition verwiesen.

Es scheint, Partizipation habe sich vom Versuch einer Demokratisierung zu einem fest verankerten theoretisch begründetem Element sozialpädagogischen Handelns weiter entwickelt. Wobei eine Fokusverschiebung, weg von der Konzentration auf die Notwendigkeit von Partizipation für eine Demokratisierung der Gesellschaft, hin zu einer Konzentration auf das Partizipierende der Sozialen Arbeit im Erbringungsverhältnis selbst, also in der einzelfallspezifischen Interaktion, geschehen ist.

Zur Begründung für diese Fokusverschiebung werden bei Schnurr drei Punkte genannt: Das in Kraft treten des KJHG, wenn man so will eine politische Ursache. Der Eingang des Partizipationsbegriffs in die Fachdebatte, angeregt durch den 8. Jugendbericht und eine verstärkte Rezeption anglophoner Theoriediskussionen.

War am Beginn der Diskussion das Hauptaugenmerk noch auf die Selbsthilfe der Bürger gerichtet, definiert als eine gemeinschaftliche Aufgabe, die auch immer ein wenig quer zu staatlichem Handeln lag, so ist das Hauptaugenmerk der Diskussion jetzt auf Partizipation im Einzelfall gerichtet. Eine der zentralen theoretischen Begründungsmomente des Konzepts personenbezogener Dienstleistung ist ja gerade das Uno-Actu Prinzip, also die Notwendigkeit von Partizipation im Einzelfall. Dieses Element hat aber in theoretischer Hinsicht, ganz anders als noch bei Marzahn, kaum noch direkt ableitbare demokratiethoretisch normative Begründungsstrukturen mehr, zumindest, wenn man Schnurrs Artikel danach befragt. Diese Begründung ist nun wohl noch mehr modernisierungstheoretisch zu lesen und gerät nicht zuletzt dadurch leicht in Konflikt zu den in ihrer theoretischen Vielfalt kaum zu fassenden Argumentationslinien der demokratiethoretischen Begründung von Partizipation.

Die Verbindung, die Schnurr noch zwischen demokratiethoretischer und dienstleistungstheoretischer Begründung sieht, läuft über den Begriff des Bürgers, der als solcher, ähnlich wie bei Müller und Otto einen Anspruch auf demokratische Entscheidungen bei der Entwicklung von sozialen Diensten auf Grund seines freiheitsverbürgenden Bürgerstatus hat. In dieser Argumentation ist also ein Element wieder zu finden, welches bereits bei der Neuorganisation sozialer Dienste eine Rolle spielte: Die Konzentration auf ein demokratisches Verfahren ist primäre Legitimationsquelle, nicht die richtige Anwendung gesetzlicher Vorgaben. Der Vollständigkeit halber ist noch zu erwähnen, dass Schnurr eine weitere Verbindung der Begründungen über den Kundenbegriff sieht, was ich hier aber außen vor lasse.

Befragt man daran anschließend die jüngste Veröffentlichung von Olk, Otto und Backhaus-Maul, die sich mit der Leistungsfähigkeit des Konzepts Sozialer Arbeit als Dienstleistung beschäftigt, nach dem konzeptionellen Anteil von Partizipation in der sozialpädagogischen Praxis, tritt weitere Ernüchterung ein. Partizipation scheint in dieser Analyse gleich zweimal an ihren Ansprüchen gescheitert zu sein: In fachlicher Hinsicht primär deshalb, weil sich das Konzept (noch) nicht durchgesetzt hat. In demokratiethoretischer Hinsicht weil die zentrale Stellung, die durch die normativen Begründungen zwingend geboten ist, verloren gegangen scheint. Olk u.a. handeln Partizipation nun im Kapitel „Demokratie und bürgerschaftliches Engagement als Element der Verwaltungsmodernisierung“ (S. XLIX) ab, welches wiederum unter der Überschrift „Kommunale Verwaltungsmodernisierung in den 1990er Jahren: Der ‚Siegeszug‘ des betriebswirtschaftlichen Dienstleistungskonzepts“ (S. XXX) zu finden ist. Hier geht es, um es zu betonen, nicht um eine theoretische Konzeptionierung, sondern um eine Analyse empirischer Realität, um das theoretische Konzept Sozialer Arbeit als Dienstleistung auf seine Leistungsfähigkeit hin zu überprüfen. Der dort referierte Stand von Verwaltungsmodernisierung und den damit verbundenen Auswirkungen auf Soziale Arbeit nimmt seinen Ausgangspunkt in dem von der KGSt entwickelten Leitbild der Bürgerkommune. Welches wiederum im Anschluss an die Rezeption New Public Management-Modells steht. Dieses stelle so etwas wie die Antwort auf das Scheitern der ersten Generation des Neuen Steuerungsmodells dar und wird gleichzeitig im Kontext des Leitbilds eines aktivierenden Staates gesehen. In der Analyse tauchen wiederum altbekannte Ambivalenzen auf, auf die neue, handlungspragmatisch begründete, Lösungen vorgefunden werden.

Ausgangspunkt der neuen Bemühungen um Verwaltungsmodernisierung sei die Beobachtung eines Stillstandes der Reformdynamiken, die – so zumindest die KGSt – zurück zu führen seien auf eine

Vernachlässigung des Außenverhältnisses bei der Verwaltungsreform. Diesem sei durch das Leitbild Bürgerkommune zu begegnen. Dabei werden zwei pragmatische Anknüpfungspunkte gewählt:

- Zum einen der Trend zu Verfahren wie Bürgerbegehren, die inzwischen fester Bestandteil zumindest vieler Bundesländer sind;
- Und zum anderen die Diskussion um Strategien und Wege der Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements im Sinne einer Partizipation der Bürger an der Dienstleistungsproduktion.

In ihrer Erscheinungsform ähneln diese Anknüpfungspunkte der schon bei Mahrzahn auftauchenden doppelten Notwendigkeit von Partizipation. Also zum einen ein stärker werdende Wunsch der Bürger nach mehr Teilhabe an sie betreffenden Entscheidungen, dem hier mit der Implementierung von Bürgerbegehren begegnet werden soll. Und zum anderen der Wunsch der Organisationen nach mehr Effizienz und Rationalität, welche durch Partizipation der Bürger erreicht werden soll, dies kann man wohl als einen Aktivierungs- und Legitimierungswunsch lesen.

Diese beiden Entwicklungen sind Ausgangspunkt des Leitbilds ‚Bürgerkommune‘ welches programmatisch die Zivilgesellschaft als Ressource bei der Dienstleistungsproduktion einbinden will. Zugleich sehen Olk u.a. gerade durch diese Verknüpfung, dass dadurch sich widersprechende Traditionen in dieses Konzept eingebunden werden.

Diese Traditionen sind der Konsumerismus, dem es nicht um eine Stärkung des Partizipationsrechts geht, sondern um die Stärkung der Konsumentenrolle, also choice statt voice. Dem gegenüber zielt die zweite Tradition, die des Managerialismus auf eine Stärkung des Managements, indem organisationsintern ein mehr an Kundenorientierung eingeführt werden soll, also Partizipation um zufriedenerer Mitarbeiter zu gewinnen. Die dritte Tradition des Kommunitarismus ist hingegen explizit demokratietheoretisch begründet und hat das optimistische Leitbild des ‚zivilgesellschaftlichen Aktivbürgers‘.

Dieser Einkauf widersprüchlicher Traditionen in einem neuen Konzept verweise darauf, dass dieses Konzept nicht theoretisch begründet entwickelt wurde, sondern seinen Ursprung in der Finanznot der Kommunen habe. Wiederum stellt sich also auch hier der demokratietheoretischen Begründung ein zweites Element zur Seite: Partizipation wird nun explizit auch damit begründet, dass dadurch ökonomische Krisen besser bewältigt werden sollen. Die entwickelten Verfahren im Kontext des Leitbildes Bürgerkommune versuchen zum einen den Bürger verstärkt bei Entscheidungen zu beteiligen und zum anderen sie in die Produktion öffentlicher Dienstleistungen einzubinden.

Es ist also zweifach eine neue Konstitution von Partizipation vorzufinden:

Zum einen wurde in den 1980er Jahren lediglich ein Organisationswille zur Partizipation analysiert, der sein Ziel in mehr Rationalität und Effizienz hatte. Dieser Wille hat sich in seiner Richtung weiter spezifiziert, heute wird Partizipation explizit begründet mit einem Einsparwillen; spätestens hier beginnt zum zweiten, die von Müller und Otto noch rekonstruierte starre Trennung von Staat und Gesellschaft aufzuweichen, da die Bürger jetzt explizit zur Kompensation eigentlich staatlicher Leistungen herangezogen werden sollen. Bürger werden als Teil einer Zivilgesellschaft definiert wodurch zugleich die Möglichkeit entsteht, sie dadurch für staatliches Handeln zu funktionalisieren.

Überraschend ist das Ergebnis der Analyse von Partizipation im Bereich der Jugendhilfe. Olk u.a. beobachten, dass Partizipation sich wesentlich im Kontext von Entscheidungsbeteiligungen durchgesetzt hat und weniger bei der Ko-Produktion der Dienstleistungen selbst. Hier scheinen theoretische Konzeptionierung und empirische Entwicklung einer gegenläufigen Tendenz zu unterliegen, zumindest vor dem Hintergrund der von Schnurr analysierten Fokusverschiebung. Parallel zu dieser Erkenntnis verweisen die Autoren auf eine zweite widerläufige Entwicklung: So habe zwar auf der programmatischen Ebene Partizipation in Fachkonzepten eine prominente Rolle inne, so vor allem in der lebensweltorientierten Jugendhilfe als Strukturmaxime und in der Stärkung der Nachfragedimension im Konzept von Jugendhilfe als moderner sozialer Dienstleistung. Dies habe aber kaum Durchsetzung in der Praxis erfahren, wo weiterhin eine paternalistisch-fürsorgliche oder expertokratische Handlungsorientierung vorherrsche. Zumindes was das Thema Partizipation angeht, scheint die Entwicklung theoretisch begründeter Fachkonzepte nur schwer eine Entsprechung auf empirischer Ebene zu finden. Eine mögliche Ursache für ein solches empirisches Phänomen werde ich ganz am Ende versuchen anzureißen.

## **2. Partizipation: rhetorisch modernisiert, Fremd- oder Selbstbestimmt? Zur Praxis einer partizipierenden Sozialen Arbeit.**

Aus dieser Gemengelage herauszufiltern, was Partizipation heute in theoretischer und empirischer Sicht ausmacht, erscheint mir äußerst schwierig. Zunächst einmal ist zu verifizieren ob die Annahme überhaupt stimmt, dass die Theorieentwicklung sich ausdifferenziert hat, insbesondere in eine demokratietheoretische und eine fachlich-sozialwissenschaftliche Begründungsstruktur und ob es überhaupt schwieriger wird hier gemeinsame Bezugspunkte zu finden.

Dieser These entgegen argumentieren Abeling u.a. (2003). Sie ziehen für die Begründung der Notwendigkeit von Partizipation in der Sozialen Arbeit vier theoretische Perspektiven wieder zusammen. Dies gelingt ihnen, indem sie demokratietheoretische Weiterentwicklungen als das gemeinsame „Dach“ von modernisierungstheoretischen, dienstleistungstheoretischen und auch ökonomischen Theorien und damit Begründungen von Partizipation, definieren. Kernpunkt der Argumentation ist dabei die eben schon angedeutete Aufhebung der starren Trennung von Staat und Gesellschaft und eine tiefgreifendere Demokratisierung der Gesellschaft, als es noch in den 1960er und 70er Jahren gefordert wurde. Laufen soll dies, so die dort angelegte Rekonstruktion der Transformation westlicher Demokratien, insbesondere über zivilgesellschaftliche Modellentwicklungen als einer intermediären Sphäre, die gerade das Verhältnis von Staat und Bürger neu definiert. Es geht hierbei um eine verstärkte Chance zur Teilhabe der Bürger an allen gesellschaftlichen Sphären, die gerade dadurch zurückreicht bis in die politische Kultur. In diesem Sinne darf Partizipation keine Forderung des politischen Systems sein, denn dies allein würde auf ein Demokratiedefizit verweisen, da es politische Forderung bleibt. Ohne die Argumentation im Einzelnen nachzuzeichnen, gilt es hier festzuhalten, dass diese Modelle sich selbst als normativ definieren, also nicht zwingend empirische Entsprechungen aufweisen müssen. Dies führt aber zurück auf die von Müller und Otto zu Grunde gelegte Folie, der Trennung von Staat und Gesellschaft. In diesem Zusammenspiel, so zumindest die theoretischen Analysen, scheint sozialer Wandel stattgefunden zu haben.

Während Müller und Otto in ihrer Analyse noch von einer solchen Trennung ausgehen und darauf auch Argumentationen aufbauen, steht diese Trennung nun selbst zur Disposition. Was dies für die wissenschaftliche Diskussion bedeutet, haben Abeling u.a. aufgezeigt. Partizipation kann inzwischen wohl weniger gelesen werden in der Gegensätzlichkeit einer Funktionsbestimmung für Organisationen und einer dem teilweise widersprechenden Funktionsbestimmung für die Bürger. So wird es wohl auch schwieriger, Partizipation in einer Dichotomie von beteiligender Organisation und sich beteiligenden Bürgern zu definieren, da dies normativ der postulierten durchgreifenden Demokratisierung widersprechen würde und in theoretischer Hinsicht soziale Wandlungsprozesse unberücksichtigt lassen würde.

Soziale Wandlungsprozesse haben somit Auswirkungen auf die Konstitution von Partizipation. Bei der Frage, wie die Auswirkungen der sozialen Wandlungsprozesse auf die funktionale Bestimmung von Partizipation sind, lohnt wiederum ein erneuter Rückblick auf die Ausführungen von Müller und Otto. Diese sind bei der Grundlegung ihrer Theorie, einer heute empirisch kaum noch nachzuweisenden Funktionsbestimmung des Staates ausgegangen. Sie definieren die zentrale Aufgabe des Staates primär noch vor der Notwendigkeit der Integration aller in den gesellschaftlichen Tauschprozess, nur so könne der Staat auch seinen eigenen Bestand finanziell sichern. Diese Funktionsbestimmung – so jetzt Michael Winkler – ist heute nicht mehr primärer Auslöser staatlichen Handelns. Politische Partizipation ist somit wohl nicht mehr zu verstehen als staatlicher Versuch zielgenauer die eigenen Mittel einzusetzen, der Planungsgedanke, Schnurr hat darauf hingewiesen, hat eine nachrangige Bedeutung.

Doch was können heute mögliche Funktionen von politischer und sozialpädagogischer Partizipation sein? Eine mögliche Neubestimmung von Partizipation vermutete Gisela Zimpel bereits 1970, als sie politische Partizipation auch als eine Beschäftigungsmaßnahme für die – so Zimpel – gefährdeten anormalen und schlecht integrierten Menschen deklarierte. Partizipation wird hier letztlich die Aufgabe einer Normalisierungsinstanz zugewiesen.

Schärfer ist da noch Winkler, der noch stärker gesellschaftstheoretisch argumentiert und dabei sogar ein Auflösen der Verbindung zwischen Individuen und Gesellschaft beobachtet. Für Partizipation bedeutet dies eine Verschärfung der Tendenz, die Zimpel beobachtet hat. Bei ihr ging es wohl um so etwas wie ruhig stellen der Störenden durch Partizipation, bei Winkler geht es mehr noch um neue Formen des Regierens wobei Partizipation als eine solche Regierungstechnologie angesehen werden kann. Sozialer Arbeit kommt hier verstärkt die Aufgabe einer Überzeugungsarbeit zu. Die Auflösungstendenz der Verbindung zwischen Individuum und Gesellschaft meint primär einen Prozess, bei dem das Individuum immer weniger Möglichkeiten hat, aus der Gesellschaft heraus Maßstäbe eigenen Handelns zu finden, sondern genau diese nur noch aus sich heraus finden kann. Adressaten sollen also gerade nicht mehr zu bestimmten Handlungen gezwungen werden, sondern sie sollen selbst wollen. Etwas, das man in den governmentality studies wohl Technologien des Selbst nennt. Was sie wollen sollen ist ebenfalls bei Winkler angedeutet: Bürgerschaftliches Engagement. Denn wenn Ökonomie und Politik sich vermehrt aus Finanzierung und Konstituierung des Gemeinwesens zurückzieht, müssen Bürger diese entstehenden Leerstellen ausfüllen. Partizipation in Sozialer Arbeit kommt hier eine prominente Rolle zu, denn sie installiert für die Adressaten so etwas wie Gemeinschaft, ihre Funktion ist aber das Ausfüllen der entstandenen Leerstellen. Es geht somit nicht mehr nur um so etwas wie die Integration der Störenden durch Partizipation, sondern um das Ausfüllen von Leerstellen, die entstehen durch eine sich verflüssigende Gesellschaft; und dies kann geschehen durch Parti-

zipation, da sie frei gewordene Subjekte wieder bindet. Partizipation in Sozialer Arbeit hat also, folgt man Winkler, zwei Funktionen. In Prozessen von Partizipation kann das Subjekt für sich definieren, was ‚richtiges‘ Handeln ist, und zwar durch Technologien des Selbst; und Partizipation füllt entstehende Leerstellen aus, die durch Rückzug von Politik und Ökonomie entstehen.

Inwiefern eine solche Argumentation empirischen Überprüfungen überhaupt zugänglich ist, also ob es für solche theoretischen Reflexionen konkrete Operationalisierungsmöglichkeiten gibt, bleibt, wenn auch eine notwendige, so doch eine sekundäre Frage. Festzuhalten ist bei den geschilderten Beobachtungen von Gesellschaft, dass sie weitere mögliche Dimensionen von Partizipation aufzeigen. Sie gehen dabei immer weiter weg, von einer Funktionsbestimmung von Partizipation, die sich empirisch in einem mehr an Steuerungsrationalität oder einer erhöhten Effizienz auf staatlicher Seite zeigen; oder auf Seiten der Adressaten in einem Mehr an Sozialintegration oder einem mehr an Responsivität ausdrücken.

Empirisch geboten sind zudem noch einige Anmerkungen zur Spezifität des Feldes. Wurde bislang hauptsächlich darauf verwiesen, dass es so etwas wie demokratietheoretische und fachlich-sozialwissenschaftliche Begründungen der Notwendigkeit von Partizipation in der Sozialen Arbeit gibt und dass diese mal mehr, mal weniger gegenseitig anschlussfähig waren, ist auf die empirische Realität ganz unterschiedlicher Formen von Partizipation hinzuweisen. Es macht einen Unterschied, ob Partizipation im Rahmen einer Hilfe zur Erziehung, der Heimerziehung oder aber im Rahmen eines gemeinwesenorientierten Engagements stattfindet. Nicht nur was die Reichweite der Entscheidungen angeht, sondern auch was die Besonderheit der Adressaten im Feld der Jugendhilfe ausmacht. Partizipation hat also mindestens eine formspezifische, eine inhaltliche und, wenn man so will, eine Machtdimension, die sich zumeist auf die Reichweite und den Gegenstand der Partizipation bezieht. In Bezug auf die Möglichkeit, eine solche Dimensionierung angemessen zu fassen, scheint es innerhalb der sozialpädagogischen Disziplin einen weitgehenden Konsens zu geben, sie tauchen in unterschiedlichster Zusammensetzung immer wieder in Veröffentlichungen auf. Zumeist wird bei solchen dimensionalen Bestimmungsversuchen zunächst auf die ‚ladder of participation‘ zurückgegriffen, wie sie Sherry Arnstein bereits 1969 in einer kleinen Veröffentlichung vorlegte. Diese unterscheidet zwischen Formen der Nicht-Beteiligung wie beispielsweise Manipulation und Therapie, Formen der Scheinbeteiligung, wie Information und Konsultation und letztlich Formen der Beteiligung, wie dies bei partnerschaftlicher Aushandlung oder Übertragung von Macht an die Bürger gegeben ist.

Das eine solche Differenzierung hinter die theoretischen Argumentationen, insbesondere von Winkler zurückfällt aber trotzdem in Diskussion und Praxis von Partizipation in der Sozialen Arbeit eine breite Rezeption erfährt, verweist m.E. gerade auf die Spezifität von Partizipation in der Sozialen Arbeit. Eine solche Differenzierung von Beteiligung scheint insbesondere im Bereich der Jugendhilfe eine große Plausibilität und Erklärungskraft zu haben. Sie führt letztlich auch wieder zurück zu den Anfangs erwähnten pädagogischen Versuchen von Korczak, Makarenko, Neill und Bernfeld. Denn gerade sie waren es – zumeist allerdings auch als charismatische Persönlichkeiten – die es schafften eine Kultur der Gleichberechtigung zu schaffen, die nicht den Eindruck der zeitweiligen Machtabgabe durch den Pädagogen erweckte. In diesen Fällen ging es um einen pragmatischen Umgang mit Macht oder anders ausgedrückt, mit politischen Fragen in einem pädagogischen Feld. Insofern drückt Partizipation in dieser Argumentation eine Gleichberechtigung aller aus, allerdings nur für einen abgegrenzten Bereich. Zugleich wird es hier wohl paradox, denn, Partizipation, übersetzt in gleichberechtigter Teilhabe und Teilnahme an etwas, schließt zu Ende gedacht jedes pädagogische Moment aus, denn es verzichtet auf Intentionen.

Hier taucht die eigentlich grundlegende Frage auf, warum es denn überhaupt Partizipation in Sozialer Arbeit geben sollte; bei rein pädagogischer Argumentation wird dies zumindest schwierig. Andersherum ist eine Nichtvermischung – weil zielbezogen gegenseitig abgrenzbarer – pädagogischer und politischer Anteile wohl an Stellen noch möglich, wo es sich um einen als Handlungsfeld abgegrenzten Bereich handelt, wie beispielsweise der Heimerziehung. Hier könnte man – und so laufen die Begründungsstrukturen zumindest bei Korczak und Neill – davon sprechen, dass der pädagogische Ort zum politischen Ereignis inszeniert wird, womit man doch wieder eine pädagogische Begründung von Partizipation hätte. Problematisch wird es aber, wenn Partizipation in dieser Form in anderen Feldern der Sozialen Arbeit stattfindet, wie beispielsweise in der Jugendhilfeplanung.

Winkler (2000) hat an anderer Stelle mal darauf hingewiesen, dass gerade die eben erwähnten Modelle nach innen hervorragend funktioniert haben, in ihrer Außenbeziehung aber scheitern, sie blieben immer so etwas wie Provinzen und Inseln. Dies bedeutet wohl, dass man in Feldern der Jugendhilfe die an Schnittstellen liegen, mit theoretischen Fundierungen durch die eben erwähnten Pädagogen Schwierigkeiten bekommt.

Vielleicht ist aber gerade deshalb in der Sozialen Arbeit der Rückgriff auf die ‚ladder of participation‘ so beliebt, da man sich mit deren Hilfe eines – so vermute ich zumindest – nicht aufhebbaren Dilemmas, aus dem eigenen Feld und der eigenen Praxis heraus annähern kann, womit man übrigens wieder bei sehr alten aufklärerischen Überlegungen über die Freiheit des Subjekts wäre: Es ist das Dilemma, wie viel Macht man abgeben möchte und das neue an der Frage ist dann aber mit Michael Winkler, wer denn das überhaupt noch ist, der die Macht abgibt und ob eine solche Machtabgabe einer ganz neuen Funktion dienen könnte. Diese Frage taucht immer dann auf, wenn die Grenzen des eigenen Feldes überschritten werden und Partizipation tatsächlich in das politische System zurück wirken kann, gleichviel woher diese Chance zur Rückwirkung auch gerade herkommt.

Muss also bei einer Funktionsbestimmung von Partizipation von zwei verschiedenen Inhalten von Partizipation ausgegangen werden? Oder ist Partizipation doch grundsätzlich ein politisches Moment, das sich aber als solches als pädagogische Methode anwenden lässt? Dies aber nur dann, ganz im Sinne der erwähnten Pädagogen, ausgehend von einer pädagogisch definierten Reichweite. Und lässt sich gerade aus einer erneuten Übertragung der jetzt pädagogischen Methode in ein politisch und pädagogisch gemischtes Feld, wie der Jugendhilfeplanung, ein nur noch in Ambivalenzen definierbarer Begriff ausmachen, diesen Eindruck gewinnt man zumindest, wenn man die zahlreichen Handreichungen liest, die Anregungen geben wollen, wie eine jugendgerechte Partizipation in der Jugendhilfe aussehen könnte. Es stellt sich die Frage, ob nicht gerade durch solche Transformationen, Partizipation sehr offen wird für Fremdbestimmungen und insofern, zumindest auf der einen Seite des Begriffs, Moment einer rhetorischen Modernisierung Sozialer Arbeit ist? Und letztlich, ist diesem Dilemma durch die angerissenen theoretischen Konzeptionierungen zu entkommen?

## Literatur

- ABELING, M./BOLLWEG, P./FLÖSSER, G./SCHMIDT, M./WAGNER, M.:** Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe. In: SACHVERSTÄNDIGENKOMMISSION 11. KINDER- UND JUGENDBERICHT (HG.): Materialien zum 11. Kinder- und Jugendbericht. Band 2: Kinder- und Jugendhilfe im Reformprozess. München (DJI-Eigenverlag) 2003, S. 225-309
- ARNSTEIN, SHERRY. R.:** A Ladder of Citizen Participation. In: JOURNAL OF THE AMERICAN INSTITUTE OF PLANNERS. 35. Jg. 1969, S. 216-224
- MARQUARD, PETER:** Strukturprinzip Demokratie: Neuorganisation Sozialer Dienste im Zeichen der Demokratisierung von Entscheidungs- und Handlungsstrukturen Sozialer Arbeit. In: MÜLLER U.A. (Hg.): Soziale Arbeit: Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven. Neuwied/Kriftel (Luchterhand) 2000, S. 373-388
- MARZAHN, CHRISTIAN:** Partizipation und Selbsthilfe. In: EYFERTH/OTTO/THIERSCH (HG.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik: Studienausgabe. Neuwied/Darmstadt (Luchterhand) 1987, S. 734-742
- MÜLLER, SIEGFRIED/OTTO, HANS-UWE:** Gesellschaftliche Bedingungen und Funktionsprobleme der Organisation sozialer Arbeit im Kontext staatlichen Handelns. In: NEUE PRAXIS. SONDERHEFT 5. (10. Jg./1980), S. 5-29
- OLK, T./OTTO, H.-U./BACKHAUS-MAUL, H.:** Soziale Arbeit als Dienstleistung – Zur analytischen und empirischen Leistungsfähigkeit eines theoretischen Konzepts. In: OLK, THOMAS/OTTO, HANS-UWE: Soziale Arbeit als Dienstleistung: Grundlegungen, Entwürfe und Modelle. München/Unterschleißheim (Luchterhand) (2003), S. IX-LXXII
- SCHNURR, STEFAN:** Partizipation. In: OTTO, HANS-UWE/THIERSCH, HANS: Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. 2. Aufl. Neuwied/Kriftel (Luchterhand) 2001, S.1330-1345
- WINKLER, MICHAEL:** Diesseits der Macht: Partizipation in „Hilfen zur Erziehung“ – Annäherungen an ein komplexes Problem. In: NEUE SAMMLUNG: VIERTELJAHRES-ZEITSCHRIFT FÜR ERZIEHUNG UND GESELLSCHAFT. 40. Jg. 2000/H2, S. 187-209
- WINKLER, MICHAEL:** Das gefährdete Subjekt: Grundagentheoretische Überlegungen zur Sozialpädagogik. Unveröffentl. Vortragsmanuskript, Jena 2003
- ZIMPEL, GISELA:** Der beschäftigte Mensch: Beiträge zur sozialen und politischen Sozialisation. München (Juventa) 1970